

Datum : 04.03.2014

An den Vorsitzenden des
Finanz- und Personalausschusses

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

| Gremium | Sitzung am | Beratung |
|-------------------------------|------------|------------|
| Finanz- und Personalausschuss | 04.03.2014 | öffentlich |

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Gemeinsamer Antrag zu den Schlussberatungen zum Haushaltsplanentwurf 2014

Beschlussvorschlag:

1. Aus der am 26. 9. 2013 vom Rat beschlossenen Liste der Maßnahmen zur Konkretisierung von Haushaltsverbesserungen im Umfang von 4,6 Mio Euro werden folgende Maßnahmen nicht realisiert:

Lfd.

| Nr. | Maßnahme | Summe/a | Bemerkung |
|-------|--|--------------------------|------------------------------|
| 4 | Verzicht auf Kaffee und Tee bei Gremiensitzungen | 8.000 Euro | |
| 12 | Sprachförderung | 46.290 Euro | |
| 23 | Wochenmärkte in Bezirken | 48.000 Euro | hierzu eigenständiger Antrag |
| 34 | Einstellung Förderung Schulbauernhof | 3.260 Euro | |
| 70/71 | Auflösung Beirat für Stadtgestaltung | 4.000 Euro Sachkosten | |
| 76 | Reduzierung der Aktivitäten Bi-NETT (Verkehrssicherheit) | 4.800 Euro | |
| 77 | Reduzierung der Aktivitäten Verkehrskadetten | 2.500 Euro | |
| 79 | Aufgabe Öffentlichkeitsarbeit | 7.500 Euro | |

zu Pos. 23:

Die am 26.09.2013 vom Rat beschlossene Liste mit Einzelmaßnahmen zur Konkretisierung weiterer Haushaltsverbesserungen enthält unter lfd. Nr. 23 die Prüfung von Alternativen zur Erzielung von Haushaltsverbesserungen im Bereich der bezirklichen Wochenmärkte. Angestrebt wurde zum damaligen Zeitpunkt eine Verbesserung von bis zu 48.000 Euro.

Zur weiteren Konkretisierung dieser Maßnahme wird beantragt:

- Eine Privatisierung der Wochenmärkte wird nicht weiter verfolgt.
- Als öffentlich-rechtliche Benutzungsgebühren sind auch die Standplatzgebühren der Wochenmärkte grundsätzlich kostendeckend zu kalkulieren. Nach Mitteilung der Verwaltung besteht derzeit eine jährliche Unterdeckung von ca. 24.000 Euro. Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung ist ab dem HJ 2014 eine Vollkostendeckung sicher zu stellen. Der Gebührentarif ist ggf. entsprechend anzupassen.

2. Zur Finanzierung der „Verbraucherberatung“ über das laufende Haushaltsjahr 2014 hinaus fasst der FiPA den folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt

- mit der Verbraucherzentrale NRW über die Umstellung des bisherigen Vertrages zu verhandeln mit dem Ziel der Angleichung an die sonstigen Leistungsverträge der Stadt mit externen Partnern
- dabei eine einheitliche vertragliche Grundlage für die dauerhafte Abdeckung der Beratungsfelder „Allgemeine Verbraucherberatung“, „Abfall- und Umweltberatung“ und „Klimaschutzberatung“ zu schaffen
- für die durch den vorgesehenen Umzug der Beratungsstelle bedingten Mehrkosten einen städt. Anteil ab 2015 in der Planung zu berücksichtigen
- die städt. Beteiligung an der Kostenentwicklung der Verbraucherberatung im Übrigen dem beschlossenen Verfahren für die sonstigen Leistungsverträge anzugleichen (Laufzeit 3 Jahre, max. 3% Steigerung der Personal- und Sachkosten pro Jahr)
- eine entsprechende Anpassung der betroffenen Haushaltsansätze noch mit Wirkung für die mittelfristige Finanzplanung ab 2015 vorzunehmen.

Um die Arbeit der Verbraucherzentrale in Bielefeld auch für die Zukunft abzusichern und Planungssicherheit für die Beteiligten zu schaffen, soll die Neuregelung kurzfristig erarbeitet und den politischen Gremien zum Beschluss vorgelegt werden.

3. Position „Städtischer Zuschuss zur Unterhaltung vereinseigener

Sportanlagen“:

Der Beschluss zur o.g. Position erhält folgende **Ergänzung**: „Nicht verausgabte Mittel dienen der Haushaltskonsolidierung und werden nicht ins Folgejahr übertragen.“

4. Einsparvorschlag:

Die gemäß Informationsvorlage 6218 (JHA vom 2. 10. 2013); aktualisiert durch Information des Jugendamtes vom 28. 2. 2014 für die Jahre 2014 und 2015 nicht benötigten Mittel im Bereich „frühkindliche Gesundheitsförderung“ im Umfang von 482.000 Euro dienen der Haushaltskonsolidierung.

5. Stellenplan:

Die in der Vorlage 6587 dargestellten 7,7 Mehrstellen sind ohne Ausweitung des Personalkostenansatzes darzustellen. Die darin enthaltene 0,9 Mehrstelle im Bereich „Grundsicherung“ ist mit einem kw-Vermerk zu versehen.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich!

| | | |
|-------------------------------------|------------------------------------|--|
| Unterschrift: Hans Hamann | Unterschrift: Klaus Rees | Unterschrift: Harald Buschmann |
|-------------------------------------|------------------------------------|--|